

PREIS DEUTSCHLAND 4,50 €
ZT GM8EX+ + +YU ZT MQDVT- -UV

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

10. APRIL 2014 N° 16

450 Jahre Shakespeare

Der Größte

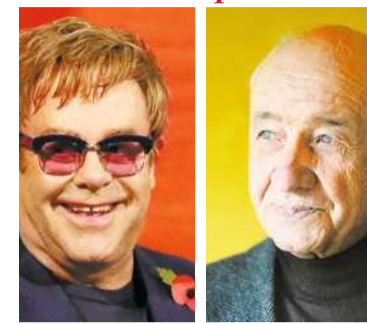
Sein Werk ist das Faszinierendste, was jemals ein Schriftsteller hervorgebracht hat. William Shakespeare aber ist bis heute ein Geheimnis

SECHS EXTRA-SEITEN IM FEUILLETON



Titelbild: William Shakespeare (1564-1616), modern in Szene gesetzt von Christoph Neumann für DIE ZEIT; Composing Eugen Litwinow

ZEIT-Gespräche



Elton John und Armin Mueller-Stahl: Der Popstar und der Schauspieler blicken zurück auf ihr wildes und reiches Leben

Feuilleton und ZEITmagazin



Der nette Herr Gurlitt: Wie der Kunstsammler wirklich handelte

Dossier, Seite 15

Mailand ist viel mehr als Mode

Die spannendsten Orte in der Stadt Leonardo da Vincis

Ein Stadtführer. Reisen, Seite 69-71

PROMINENT IGNORIERT



Bush malt Merkel

George W. Bush, von 2001 bis 2009 Präsident der USA und seit einiger Zeit Hobbykünstler, erntet für seine jetzt in Dallas ausgestellten Politikerporträts von Merkel oder Putin, Sarkozy oder Berlusconi mancherlei Häme – ungerechtfertigt, denn schlechte Bilder verursachen geringere Schäden als schlechte Politik. Außerdem, das wird jeder Freizeitmaler bestätigen, ist es gar nicht so leicht, schlechte Bilder zu malen. GRN.

Kl. Bilder (v.o.u.): Yui Mok/BBC/action press; Gianni Occhipinti für DZ; action press; EPA/dpa

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrieft@zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DKR 45,00/NOR 65,00/FIN 7,00/E 5,50/
Kanaren 5,70/F 5,50/NL 4,80/A 4,60/
CHF 7,30/I 5,50/GR 6,00/B 4,80/P 5,50/
L 4,80/HUF 1960,00

N°16

69. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 104500 16

DIE DEUTSCHEN UND RUSSLAND

Wie Putin spaltet

Woran liegt es, dass so viele Bürger die Krimkrise ganz anders beurteilen als Politik und Medien? VON BERND ULRICH

Was bei uns gerade im Streit um Russland und die Krim passiert, habe ich in dreißig Jahren Debattenerfahrung noch nicht erlebt. Es gab Themen, die das Land tief gespalten haben, wie die Atomkraft, und solche, die über Jahre Millionen Menschen auf die Straße gebracht haben, wie die Nato-Nachrüstung. Sogar eine Diskussion, bei der – wie auch jetzt – veröffentlichte und öffentliche Meinung schroff gegeneinanderstanden, hat es vor vier Jahren schon einmal gegeben. Doch erscheint die Sarrazin-Kontroverse gemessen an der Russlanddebatte im Nachhinein gut erklärlich und leicht fassbar.

Wenn die Umfragen nicht täuschen, dann stehen zurzeit zwei Drittel der Bürger, Wähler, Leser gegen vier Fünftel der politischen Klasse, also gegen die Regierung, gegen die überwältigende Mehrheit des Parlaments und gegen die meisten Zeitungen und Sender. Aber was heißt stehen? Viele laufen geradezu Sturm, bei den Leserbriefen scheint der Anteil der Kritiker noch deutlich höher zu sein als seinerzeit anlässlich von Sarrazins Buch.

Was mich daran am meisten irritiert, das sind jedoch nicht die Mehrheitsverhältnisse, sondern die Argumente. Schließlich geht es hier nicht um das Für und Wider von Mindestlohn oder Atomkraft, es geht um den Konflikt zwischen einem aggressiven Autokraten und den westlichen Demokratien.

Tatsächlich wird die Legitimität des Völkerrechts offensiv infrage gestellt

Viele Leser erwarten von uns Ausgewogenheit, was auch in diesem Fall völlig normal wäre, wenn denn lediglich über die Vernünftigkeit von Sanktionen oder über die Fehler der EU gestritten würde – da wäre ja alles demokratisch und menschenrechtlich so rum oder so rum im grünen Bereich. Tatsächlich jedoch wird die Legitimität des Völkerrechts offensiv infrage gestellt, die von Putins nationalistisch-imperialer Ideologie aber ernstlich erwigelt. Man übernimmt das Gerede von »russischer Erde«, als wäre so etwas heute noch ein valides Argument. (Würde jemals wieder von deutscher Erde geredet – was Gott verhüten möge –, dann wäre hier – hoffentlich – die Hölle los.)

All das bestürzt mich. Nur, Bestürzung hilft nichts, nur Verstehen hilft. Schließlich kann ja nicht binnen weniger Wochen die Mehrheit der Deutschen demokratisch verroht sein. Die meisten von denen, die zurzeit für die imperiale russische Politik Verständnis haben, die vielen Menschen, die jetzt einer Annexion der Krim das Wort reden, würden sich in ihrem wirklichen Leben scheuen, auch nur vorübergehend einen Behindertenparkplatz zu annekieren.

Was also ist hier los? Wieso in aller Welt kann es Putin gelingen, Deutschland zu spalten?

Es bringt nichts, der Mehrheit Ängstlichkeit zu unterstellen oder schönen ökonomischen Egoismus, auch wenn das bei einigen Wirtschaftsführern offensichtlich das treibende Motiv ist. Auch die Vermutung, dass Russland für einige hier eine Art Utopia des Konservatismus sein könnte (starker Mann, tiefer Glaube, Schwüle am Rande der Gesellschaft et cetera), führt nicht wirklich weiter, weil das gewiss nur ein Minderheitenprogramm ist.

Die Sache geht tiefer, viel tiefer. Geschichte spielt eine Rolle, aber zunächst mal nicht die des letzten oder vorletzten Jahrhunderts (die Alten allein ergeben schließlich keine Zweidrittelmehrheit), sondern die der letzten 13 Jahre. Hier wurden offenbar Erfahrungen von Ohnmacht und Anmaßung gemacht, die so fundamental sind, dass sie selbst einen Wladimir Putin als diskutabile Figur erscheinen lassen.

1. Kriege und andere Kleinigkeiten

Seit 9/11 hat der Westen Kriege geführt, die unter höchstem moralischen Aufwand begründet wurden und die am Ende doch vergeblich waren (Afghanistan) oder sich als reiner Betrug herausstellten (Irak). Man muss sich noch einmal vor Augen führen, mit welchem Pathos George W. Bush oder Tony Blair seinerzeit vor die Weltöffentlichkeit getreten sind und wie sie am Ende alle enttäuscht und getäuscht haben, um jetzt die Milde zu verstehen, mit der viele über Putin urteilen. So inflationär haben damals viele westliche Politiker das Wort Freiheit benutzt, um Kriege zu begründen, dass heute die meisten schon Krieg hören, wenn das Wort Freiheit außerhalb von Sonntagsreden fällt. Wenn die einen von Demokratie sprechen, dann sehen die anderen schon die F-16-Bomber aufsteigen.

Aus dieser Zeit stammt übrigens auch die tiefe Skepsis gegenüber Sanktionen. Sie dienen gegenüber dem Irak eben nicht als Ersatz für militärische Mittel, sondern als deren Vorstufe.

Nun hätte man hoffen können, dass die verheerende Wirkung der Ära Bush/Blair mittlerweile abgeklungen ist, weil im Weißen Haus seit nunmehr fünf Jahren ein Mann sitzt, der die imperiale Überdehnung seines Landes zurückzufahren versucht. Allerdings: Mit seinem Drohnenkrieg bewegt sich auch Barack Obama wieder in einer völkerrechtlichen Grauzone. Man kann diese Einsätze erklären und verteidigen, anmaßend wirken sie dennoch. Noch schlimmer wirkt sich die NSA-Affäre aus. Hier richtet sich die globale Anmaßung der Amerikaner noch einmal zu fast Bushschen Ausmaßen auf (wenngleich nicht militärisch).

Dass Washington als Reaktion auf europäische Proteste dagegen nur mal mit den Schultern zuckt, gibt vielen Menschen das Gefühl, es habe sich im Kern nichts geändert: Amerika macht Geschichte, und wir lassen es mit uns machen.

Fortsetzung auf S. 2

VORRATSDATENSPEICHERUNG

Lex Snowden

Europas Richter schützen die Daten der Bürger vor dem Staat. Aber hilft das gegen die Sammelwut der Amerikaner? VON HEINRICH WEFING

Das war es jetzt. Die Vorratsdatenspeicherung ist tot. Vielleicht wird sie noch ein paar Mal zucken, aber von dem Urteil, das der Europäische Gerichtshof am Dienstag verkündet hat, wird sie sich nicht mehr erholen.

Das massenhafte, allumfassende Speichern von Daten über das Kommunikationsverhalten unbescholtener Bürger, entschieden die höchsten Richter Europas, ist unverhältnismäßig. Fortan darf also nicht mehr aufgezeichnet werden, wer wann mit wem wie lange telefoniert hat, wer wo eine SMS verschickt oder eine E-Mail gelesen hat. Diese vorbeugende Überwachung ohne jeden konkreten Verdacht und ohne Benachrichtigung der Betroffenen ist unzulässig. Sie drohe beim Bürger das »Gefühl zu erzeugen«, sein Privatleben sei Gegenstand »ständiger staatlicher Überwachung«.

Das Urteil ist insofern völlig klar: Die Unschuldsvermutung gilt weiter, auch in Zeiten der digitalen Kommunikation. In der Sache liegt diese Rechtsprechung ganz auf der Linie, die das Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren vorgezeichnet hatte.

Das Urteil ist ein Triumph für Datenschützer und Bürgerrechtler

Zwar hat der Europäische Gerichtshof eine Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung (VDS) nicht prinzipiell ausgeschlossen, er hat sogar einen recht präzisen Rahmen definiert, wie eine akzeptable Variante aussehen könnte – die Datensammlung müsste enger umgrenzt sein, in sich differenzierter gestaltet und besser kontrolliert werden, vorzugsweise durch Richter. Doch es ist im Moment nicht erkennbar, wer jetzt noch politische Energie in das Projekt einer erneuerten VDS investieren mag. In Berlin jedenfalls, darauf deuten die ersten Stellungnahmen hin, wird die große Koalition bis auf Weiteres die Finger von dem heillosen Thema lassen.

Das ist, keine Frage, ein Triumph für die Datenschützer und Bürgerrechtler, die seit Jahren gegen die Vorratsdatenspeicherung kämpften. Es ist auch ein gutes Signal aus Luxemburg, weil sich die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vielen Bürgern wohl zum ersten Mal als energische Hüter der Grundrechte Europas präsentieren.

Nur: In all die Freude über die Entschiedenheit des Urteils mischt sich auch ein mulmiges Gefühl. Genauer: eine Ahnung der Vergeblichkeit. Der Streit um die Vorratsdatenspeicherung stammt aus einer anderen, scheinbar unschuldigeren Zeit. Aus der Zeit vor den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden über die unfassliche Datengier der Geheimdienste Amerikas und Großbritanniens. Nun gut, muss man sagen, die Polizeien Europas dürfen jetzt also zur Aufklärung von Straftaten keine Handy-Verbin-

dungsdaten mehr nutzen – während zur selben Zeit die NSA und der britische Dienst GCHQ jedes Datenschnipselchen aufsaugen und speichern, dessen sie habhaft werden können; und sie können alles kriegen, einschließlich der Dienstgespräche der Bundeskanzlerin.

Man kann das Urteil des EuGH nur loben – und kommt doch nicht umhin, das Dilemma zu sehen. Es ist, als habe das Gericht ein Fluttor geschlossen – während ringsum längst die Deiche fortgespült wurden.

Man könnte dieses Urteil daher leicht für anachronistisch halten. Aber das ist es nicht.

Es ist noch immer unabsehbar, welche Folgen die Snowden-Enthüllungen auf lange Sicht haben werden – für das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt, für die transatlantischen Beziehungen, für das Verhältnis von Bürger und Staat, für den Umgang mit Daten generell.

Sicher ist nur, dass der NSA-Skandal tiefe Spuren hinterlassen wird. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass die Richter in Luxemburg davon beeinflusst wurden, nicht in einem vordergründigen politischen Sinne vielleicht, eher untergründig, subkutan. Juristen bescheinigen sich zwar gern, sie seien ausschließlich mit der Auslegung des Rechts beschäftigt, doch natürlich sind Gerichte immer auch Echokammern des Zeitgeistes. Und es lässt sich kaum vorstellen, dass das Gericht durch die Enthüllungen nicht sensibilisiert worden wäre für die Gefahren des massenhaften Ausspähörens der Bürger durch den Staat. Durchaus möglich also, dass ein Urteil des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung in der Ära vor Snowden anders ausgefallen wäre.

Politisch noch wichtiger ist aber etwas anderes. Durch die NSA-Affäre hat sich der Staat in den westlichen Demokratien gleich doppelt delegitimiert: in den USA, weil die dortigen Geheimdienste sich als kaum kontrollierte Datensammler erwiesen haben, die den privaten Datenkraken vom Schlage GoogleAmazonFacebook in nichts nachstehen. Und in Deutschland, in ganz Europa, weil Parlamente und Regierungen nicht in der Lage waren, den massiven Eingriffen in ihre Souveränität irgendetwas entgegenzusetzen. Diese manifeste politische Ohnmacht könnte auf lange Sicht verheerend wirken. Sie nagt an den Fundamenten staatlicher Legitimität.

Auch das Urteil vom Dienstag ändert nichts an dieser verstörenden Lage. Und doch ist es ein wichtiges Signal, ein Signal der Selbstvergewisserung. Es zeigt, dass es in Europa auch in Zeiten der totalen Datensammlung durch Geheimdienste und Globalkonzerne ein Bewusstsein für die Gefahren solcher digitalen Machtkonzentration gibt. Und es zeigt, dass dieses Europa seine eigenen Prinzipien auch durchzusetzen gewillt ist. Im Innern. Und irgendwann hoffentlich auch im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

www.zeit.de/audio